58. Jahrgang. № 326. Dienstag, 25. November 1913.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durchauswärtige Kommissionäre bis 2,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). **Ausland:** Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241
Nachtanschluß: 11.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: Lobeck's Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per ½ Kg. Dose 2,40 M.; Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M. Marke: Dreiring.

Königl. Preuß. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück .... 3½ Pfg.
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstück 6½ und 10 Pfg.
Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Dresdner Feldschlösschen-Lager bleibt unübertroffen!

Neu! Neu!
„Foco"-Belichtungsuhr
Preis Mark 12,—
Schönstes Geschenk!
Photo-Haus Wünsche
Moritzstraße. Schloßstraße 9.

Lederwaren · Reise-Artikel
Aparte Weihnachtsgeschenke
Versand nach auswärts :: Katalog kostenlos
Adolf Näter
Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft
26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser

am Dienstag morgen.

Mutmaßliche Witterung: Auffrischende Ostwinde, meist heiter, nachts Frost, vorwiegend trocken.

Die Zweite Kammer stimmte gestern dem Antrage auf Einbeziehung der Zahnärzte in die Gebührenordnung für Aerzte bei gerichtlichen und polizeilichen Verrichtungen zu.

Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hielt gestern in Berlin eine Sitzung ab.

Der Reichstag nimmt heute nach der Sommerpause seine Sitzungen wieder auf.

Die Fraktionen des Reichstages halten heute und morgen Sitzungen ab, um zu dem neuen Material Stellung zu nehmen.

Der Verein Dresdner Gastwirte beschloß, seine Mitglieder aufzufordern, das „Berliner Tageblatt" nicht mehr auszulegen.

Die medizinische Fakultät und die Medizinische Gesellschaft in Kiel beschlossen eine möglichst weitgehende Unterstützung der Aerzte im Krankenkassenstreit.

Die Linienschiffe „Kaiser" und „König Albert" werden mit dem Kreuzer „Straßburg" ihre Auslandsreise in der ersten Dezemberwoche antreten.

Der kommandierende General des 11. Armeekorps nahm die von ihm als Gerichtsherrn eingelegte Revision im Erfurter Reservistenprozeß zurück.

Eine Abordnung albanischer Notabeln trifft Mitte Dezember in Potsdam ein, um dem Prinzen Wilhelm zu Wied den albanischen Thron anzubieten.

Erzherzog Franz Ferdinand verläßt am Sonntag London und kehrt direkt nach Wien zurück.

Der Vizekönig von Indien, Lord Hardinge, suchte aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied nach; sein Nachfolger wird Lord Kitchener.

Der Reichstag.

Nach einer Ruhepause von einem halben Jahre beginnt im Reiche wieder die parlamentarische Zeit. Umfangreiche Vorlagen von fundamentaler Bedeutung, die endlose Kommissionsarbeit erfordern und Anlaß zum Auseinanderplatzen der Geister aus prinzipiellen Gründen geben könnten, liegen nach Maßgabe des bereits bekannten Arbeitsstoffes nicht vor, und es schwebt auch nichts Derartiges in der Luft. Petroleumhandelsmonopol, Erbrecht des Staates, Konkurrenzklausel, Kolonialgerichtshof, Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, Verkehr in den Lüften: das alles ist ohne allzu große parteipolitische Betriebsamkeit zu erledigen, um so mehr, als die erstgenannten drei Gegenstände bereits den vorigen Reichstag beschäftigt haben und die damalige Kommissionsbehandlung wegen der Vertagung in ihrem ganzen Stande erhalten bleibt und der diesmaligen Beratung zugute kommt. An sich wäre nun also die Möglichkeit gegeben, daß wir uns in der bevorstehenden Tagung eines ruhigen und sachlichen Verlaufes der parlamentarischen Verhandlungen erfreuen könnten. Damit wäre aber dem Agitationsbedürfnis der Sozialdemokratie nicht gedient, die gerade jetzt wegen des nicht mehr zu vertuschenden Abflauens der „Begeisterung" unter den „Genossen" besondere Ursache hat, durch parlamentarische Fensterreden möglichst aufreizenden Inhaltes wieder für den zur Auffrischung ihres Nimbus bei den Massen notwendigen Zündstoff zu sorgen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß in der letzten Zeit eine rückläufige Bewegung in der Partei des Umsturzes eingesetzt hat. Bereits die Nachwahlen zum Reichstage haben ein fortgesetztes Sinken der sozialdemokratischen Stimmen erkennen lassen, und dazu ist neuerdings auch eine Verminderung der Mitgliederzahl der Partei und eine starke Lauheit der „Genossen" in der Bezahlung der Parteibeiträge, ja sogar in der Ausübung des Wahlrechts getreten. Da soll denn nun von Parteileitungs wegen Dampf aufgemacht und wieder mit Hochdruck gearbeitet werden. Zu dem Zwecke sind von sozialdemokratischer Seite bereits zwei recht bezeichnende Interpellationen angekündigt worden, deren eine die Ausschaltung des „Genossen" Liebknecht aus der Rüstungskommission und die andere die Arbeitslosigkeit betrifft. Die ganze Art, wie die Sozialdemokratie von Anfang an die Frage ihrer Vertretung in der Rüstungskommission behandelt hat, fordert geradezu zu der Vermutung heraus, daß der „Genosse" Liebknecht, an dessen Ablehnung durch die Regierung schlechterdings kein Zweifel obwalten konnte, lediglich in der Absicht vorgeschlagen worden ist, auf Knall und Fall die Sache zu einem „Konflikt" zuzuspitzen und diesen im Reichstage nach allen Regeln agitatorischer Kunst auszubeuten. Wenn die bürgerlichen Parteien sich diese Sachlage vor Augen halten, werden sie in geschlossener Frontstellung gegen die Sozialdemokratie aufmarschieren und der Regierung mit aller Energie den Rücken stärken müssen.

Auch das Schlagwort des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit ist für die Partei des Umsturzes nur Mittel zum Zweck. Sie wird nicht von dem ehrlichen Bestreben geleitet, das soziale Uebel des unverschuldeten Arbeitsverlustes im Interesse des einzelnen und der Gesamtheit nach Möglichkeit zu beheben und seiner Ausbreitung vorbeugend entgegenzuwirken, sondern ihr ist es, wie immer, in erster Linie darum zu tun, die Unzufriedenheit zu schüren und durch Aufstellung unerfüllbarer Forderungen die Begehrlichkeit aufzustacheln. Gewiß ist die Arbeitslosigkeit, sobald sie in größerem Umfange auftritt, ein öffentlicher Notstand, den Staat und Gesellschaft nach Kräften zu beseitigen oder doch zu lindern bemüht sein müssen. Es kommt aber darauf an, die zu ergreifenden Maßregeln dem wirklichen Bedürfnis und der praktischen Durchführbarkeit anzupassen und nicht gleich wieder blindlings vor dem „Ungeheuer der Versicherungswut", das erst neuerdings wieder bei der Dienstbotenversicherung so schwer empfundene Unzuträglichkeiten gezeitigt hat, zu kapitulieren. Eine vernünftige Arbeitslosenfürsorge wird neben der privaten Unterstützung durch Berufs- und Wohltätigkeitsvereine vor allem zwei Maßregeln in Betracht zu ziehen haben: einmal die mit behördlicher Hilfe zu organisierende und zu zentralisierende Regelung des Arbeitsnachweises über das ganze Reich hin, damit der an gewissen Stellen vorhandene Ueberfluß an Arbeitskräften dorthin geleitet werden kann, wo die Nachfrage das Angebot übersteigt, und zum andern die Ausführung staatlicher und kommunaler Notstandsarbeiten. Wieweit die Gemeinden außerdem noch durch Gewährung barer Zuschüsse zur Linderung des Uebels beitragen können, ist Sache der jeweiligen kommunalen Finanzlage. In Dresden hat bekanntlich der Rat die Bewilligung von 20 000 Mark zur Arbeitslosenunterstützung beantragt und die Beschleunigung bereits bewilligter Arbeiten beim Hochbau-, Tiefbau-, Betriebsamte und bei der Straßenbahn in Aussicht genommen; überdies soll in einer Konferenz von Vertretern der Städte und Amtshauptmannschaften über die weitere Bekämpfung des Notstandes beraten werden. Aehnliche Maßregeln werden auch anderwärts ergriffen, und es kann daher keine Rede davon sein, wie die sozialdemokratische Presse glauben machen will, daß der Sache von den maßgebenden Stellen nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt würde. Wenn vollends erst einmal eine entsprechende Ausgestaltung des Arbeitsnachweises vollzogen worden ist, wird die günstige Wirkung in bezug auf die Einschränkung der Arbeitslosigkeit sich ganz besonders fühlbar machen. Mit allem Nachdruck aber muß gegen die sozialdemokratische Forderung einer staatlichen Sozialversicherung gegen Arbeitslosigkeit Einspruch erhoben werden. Abgesehen davon, daß fachmännische Autoritäten die Verwirklichung einer solchen Versicherung aus versicherungstechnischen Gründen für ein Ding der Unmöglichkeit erklären, würden auch die Kosten dafür, falls man die Durchführung mit allen versicherungstechnischen Mängeln riskieren wollte, einfach unerschwinglich sein. Nach den Berechnungen, die über den Bedarf einer staatlichen Arbeitslosenversicherung angestellt worden sind, würde es sich für das gesamte Reichsgebiet um 80—100 Millionen Mark jährlich in normalen Zeitläuften handeln, während in kritischen Perioden mit einem fünfmal höheren Betrage, d. h. also mit etwa einer halben Milliarde, zu rechnen wäre. Solche Unsummen können die bereits bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belasteten sozialen Versicherungsträger in Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Mittelstand keinesfalls noch aufbringen. Wenn daher jetzt das sozialdemokratische Zentralorgan in heroischem Tone ruft: „Her mit der Arbeitslosenversicherung!", so kann darauf die Antwort aus bürgerlichen Kreisen nur mit derselben Schärfe und Bestimmtheit lauten: „Die Hände weg!"

Je notwendiger nach alledem ein fester Zusammenschluß der staatserhaltenden Parteien ist, um dem sozialdemokratischen Mißbrauche der parlamentarischen Rednertribüne zu agitatorischen Zwecken einen Riegel vorzuschieben, desto gebieterischer macht sich auch das Bedürfnis nach einer kraftvollen Initiative der Regierung im Kampfe gegen die Umsturzpartei geltend, namentlich in der Frage des Arbeitswilligenschutzes, deren Erörterung nicht ausbleiben wird. Wie wenig das bisherige allzu passive Verhalten der Reichsregierung auf diesem und manchem anderen Gebiete in nationalgesinnten und staatserhaltenden Kreisen Befriedigung erweckt, zeigt folgende Auslassung des konservativen Berliner Hauptorgans, die dem Mißfallen über die amtliche Behandlung der Zaberner Angelegenheit Ausdruck gibt: „Die Bevölkerung muß wissen, wo das Fähnlein der Regierung weht. Andernfalls entsteht das Gefühl der Führerlosigkeit. Die Zügel schleifen am Boden, und dabei kann der Staatswagen nicht vorwärts kommen."

Einen sehr breiten Raum werden bei der Etatberatung die Erörterungen über die auswärtige Politik einnehmen, und gerade hier haben die nationalen Parteien die beste Gelegenheit, zu beweisen, inwieweit sie zu einer großzügigen parlamentarischen Betätigung befähigt sind. Eine auswärtige Debatte, die bloß eine langatmige Wiederholung von Preßartikeln darstellt, ist wertlos. Wenn der Reichstag überhaupt zu den weitausschauenden auswärtigen Problemen Stellung nimmt, dann muß er es auch in solcher Weise tun, daß ein tiefer und nachhaltiger Eindruck auf das In- und Ausland erzielt und in machtvoller Kundgebung die feste Entschlossenheit des deutschen Volkes bekundet wird, seine berechtigten weltpolitischen Interessen gegen jeden Widerstand zu vertreten und seinen Platz an der Sonne sich von keinem Gegner streitig machen zu lassen.

*

Die Fraktionen des Reichstags

halten am 25. und 26. November Sitzungen ab, um zu dem vorliegenden neuen Material, vor allem dem Spionagegesetz und den Interpellationen, Stellung zu nehmen. Die erste Lesung des Etats beginnt Anfang Dezember. Die näheren Arbeitsdispositionen wird der Seniorenkonvent noch festsetzen. Ob vor Weihnachten noch Wahlprüfungen vorgenommen werden sollen, wird Gegenstand von fraktionellen Besprechungen sein. In der ersten Woche wird man wohl kaum zu Wahlprüfungen kommen, weil die Zeit von der ersten Lesung des Spionagegesetzes und von den Interpellationsdebatten absorbiert wird. Es verlautet auch, daß die Zurückverweisung einzelner Wahlen an die Kommission versucht werden soll. Der Würde des Parlaments würde dieses Hinauszerren kaum entsprechen.

Drahtmeldungen

vom 24. November.

Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin. Heute fand unter Vorsitz des bayrischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hertling eine Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt, in der der Reichskanzler Mitteilungen über Fragen der auswärtigen Politik machte.

Diner beim Reichskanzler.

Berlin. Bei dem Reichskanzler und Frau von Bethmann-Hollweg fand heute abend ein Diner statt, zu dem Einladungen erhalten hatten der Vorsitzende im Königl. Bayr. Ministerrat Staatsminister Dr. Freiherr v. Hertling, der Königl. Sächs. Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt, der Präsident des Königl. Württembergischen Staatsministeriums Staatsminister Dr. v. Weizsäcker, der Präsident des Großherzogl. Badischen Staatsministeriums Staatsminister Dr. Freiherr v. Dusch, der Großherzogl. Mecklenburg-Schwerinsche Gesandte Graf von Bassewitz-Levetzow, der Königl. Bayr. Gesandte Graf von Lerchenfeld, der Königl. Sächs. Gesandte Freiherr v. Salza und Lichtenau, der Königl. Württembergische Gesandte Dr. Freiherr v. Varnbühler, der Großherzogl. Badische Gesandte Graf v. Dorckheim, der Großherzogl. Mecklenburgische Gesandte Freiherr von Brandenstein, die königlichen Staatsminister und Staatssekretäre Großadmiral v. Tirpitz und Dr. Delbrück, die Staatssekretäre Kraetke, Dr. Lisco, Dr. Solf, Kühn und v. Jagow, die Unterstaatssekretäre Wahnschaffe, v. Eisenhardt, Nothe und Zimmermann, sowie der Oberleutnant Freiherr v. Sell.

Organisation der evangelischen Mission

Berlin. (Priv.-Tel.) Nachdem der Kaiser den Verteilungsplan der evangelischen Nationalspende für die christliche Mission in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten gebilligt und für die Absonderung eines Restbetrages zur Schaffung einer dauernden Organisation zugunsten der deutschen evangelischen Missionsarbeit genehmigt hat, soll in einer am 6. Dezember im Sitzungssaale des Herrenhauses stattfindenden größeren Versammlung von Freunden dieses Vorhabens über das Unternehmen und seine Verfassung verhandelt werden. Zu der Versammlung sind eine große Anzahl interessierter Persönlichkeiten aus ganz Deutschland eingeladen.

Die Auslandsreise der deutschen Linienschiffe.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der ersten Dezemberwoche werden die Großkampfschiffe „Kaiser" und „König Albert" mit dem Kreuzer „Straßburg" die mehrfach angekündigte Auslandsreise nach den Kolonien und Südamerika antreten.

SLUB
Wir führen Wissen.